

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Natur- und
Umweltschutz
von Donnerstag, den 22.03.2012,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 17:10 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 17:15 Uhr bis 17:50 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Ausschussmitglieder

Frau Ellen Eberth
Herr Hermann-Josef Eck
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Herr Hubert Klimmer
Herr Peter Maurer
Frau Petra Münzel
Frau Monika Schuck
Herr Kurt Schumacher
Herr Dr. Christian Steidl
Herr René Wendland

Stellv. Ausschussmitglieder

Herr Michael Berninger
Frau Rita Follner

Entschuldigt gefehlt hat:

Ausschussmitglied

Herr Erwin Dotzel

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Verwaltungsdirektor Dietmar Fieger
Herr Verwaltungsrat Gerhard Rüth
Frau Regierungsrätin Birte Thomasen
Herr Oberregierungsrat Gerald Rosel zu TOP 5
Herr Regierungsamtsrat Wolfgang Röcklein zu TOP 6
Frau Kristina Wagner, Schriftführerin

Ferner haben teilgenommen:

Herr Dr. Gerald Heimann, ZENTEC GmbH TOP 1-3
Herr Michael Wedler, B.A.U.M. Consult GmbH TOP 1-3
Herr Baudirektor Norbert Biller, Staatl. Bauamt Aschaffenburg TOP 4
Herr Karl-Heinz Betz, Nahverkehrsbeauftragter TOP 5

Tagesordnung:

- 1 Integriertes Energie- und Klimakzept Bayerischer Untermain:
Präsentation der Kerninhalte - Beschluss über Leitsätze und Leitlinien;
Verschiedene Anträge zum "Integrierten Energie- und Klimakzept"
- 2 Integriertes Energie- und Klimakzept Bayerischer Untermain:
Vorbereitung der organisatorischen Strukturen in Umsetzung des Energie- und
Klimakzeptes Bayerischer Untermain;
Verschiedene Anträge zum "Integrierten Energie- und Klimakzept"
- 3 Integriertes Energie- und Klimakzept Bayerischer Untermain:
Verschiedene Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Informationen aus dem Regionalen Planungsausschuss, Einsetzung von
Lenkungskreisen)
- 4 Antrag der ödp/BLU vom 19.01.2012:
"Kein weiterer Ausbau der B 469 in Richtung Kleinheubach"
- 5 Antrag der Fraktion der SPD auf Mitgliedschaft im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV)
vom 14.03.2012
- 6 Antrag der Freien Wähler vom 10.02.2012:
Beitritt des Landkreises Miltenberg zum Forum Z
- 7 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

**Integriertes Energie- und Klimakonzept Bayerischer Untermain:
Präsentation der Kerninhalte - Beschluss über Leitsätze und Leitlinien;
Verschiedene Anträge zum "Integrierten Energie- und Klimakonzept"**

Landrat Schwing wies darauf hin, es sei eine Fülle von Anträgen eingegangen, der letzte Antrag der Freien Wähler an diesem Vormittag. Er schlug vor, entgegen der Geschäftsordnung, auch diesen noch mit aufzunehmen, woraufhin sich der Ausschuss einverstanden erklärte. Er erklärte weiterhin, dies sei heute nicht der Abschluss, sondern der Einstieg in einen Prozess, der wahrscheinlich Jahrzehnte dauern werde, daher müsse man sich keine Gedanken machen, wenn man heute noch nicht alles lösen könne.

Er führte weiterhin aus:

Das System der Energieversorgung in Deutschland befindet sich nach den Ereignissen von Fukushima im Umbruch. Nach dem Ausstieg aus der Atomenergie hat die Bedeutung der erneuerbaren Energien deutlich zugenommen und dessen Funktion wird sicherlich noch mehr an Bedeutung gewinnen. Die Gestaltung der Energiewende vollzieht sich auf vielen Ebenen und wird auch die kommunale Familie im Landkreis Miltenberg (Gemeinden und Landkreis) die nächsten Jahrzehnte beschäftigen:

Wir stehen nun am Beginn einer großen Aufgabe mit einer Vielzahl an Herausforderungen:

- Wir sind aufgefordert, Weichenstellungen vorzunehmen, welche die Richtung für die nächsten zwei bis drei Jahrzehnte im Themenfeld Energieversorgung vorgeben.
- Wir sind alle aufgefordert, die neue Aufgabe anzunehmen und sie gemeinsam zu bewältigen.
- Wir müssen uns auf den Weg begeben und die Energiewende „**Schritt für Schritt**“ **umsetzen**. Welche Bedeutung dieses Thema hat, zeigt auch die Fülle an Anträgen, welche zu dieser Sitzung von den Fraktionen eingereicht wurden. Für mich sind folgende Rahmenbedingungen entscheidend:

1. Gemeinsame Vorgehensweise:

Wir haben uns in der Region Bayerischer Untermain schon vor Fukushima gemeinsam dazu entschlossen, das integrierte Energie- und Klimakonzept zu erstellen. Die gemeinsame Vorgehensweise hat sich bewährt und wird sich weiter bewähren, **auch wenn damit ein nicht unerheblicher Abstimmungsbedarf gegeben ist.**

Aber das Thema Energiewende kann nur dann wirkungsvoll angegangen werden, wenn wir dies nicht zu kleinteilig sondern gemeinsam in unserer Region als ganzheitliches Projekt angehen.

Das integrierte Energie- und Klimakonzept wurde entwickelt mit einer intensiven Bürgerbeteiligung und Einbindung aller relevanten Interessensverbände. Dies war ein guter Weg, um damit die unterschiedlichen Interessenslagen berücksichtigen zu können. Dies soll auch ein Kennzeichen des weiteren Weges sein.

Mir ist es wichtig, möglichst alle mit auf den Weg zu nehmen um gemeinsam diese Energiewende zu verwirklichen. **Denn ein Miteinander ist besser als ein Gegeneinander und Konsens ist besser als Konflikt. Das bedeutet allerdings auch die Bereitschaft zu Kompromissen.**

2. Rolle des Landkreises

Dem ländlichen Raum wird beim Umbau der Energieversorgung eine besondere Rolle zukommen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien findet überwiegend in der Fläche statt. Gleiches gilt für den im Rahmen der Energiewende unumgänglichen Bau neuer Speicheranlagen und Übertragungsleitungen sowie die erforderlichen Anpassungen der Verteilernetze an eine zunehmend dezentralisierte Energieversorgung. **Ob die Energiewende zu einem Erfolgsmodell wird, entscheidet sich daher vor allem im kreisangehörigen Raum.**

Wenn es nicht gelingt, die Landkreise, die Gemeinden mit ihrer Bevölkerung von der Notwendigkeit eines Umbaus des Energiesystems zu überzeugen und Akzeptanz für erneuerbare Energien ebenso wie für die Errichtung neuer Energieleitungen und Speicheranlagen zu schaffen, wird die Energiewende scheitern. Ich erlaube mir den Hinweis auf die derzeit in einigen Gemeinden laufenden Klageverfahren gegen die vorgesehene 110-KV-Leitung. **Anspruch und Wirklichkeit müssen immer wieder sorgsam abgewogen werden.**

3. Welche Rolle kann der Landkreis Miltenberg einnehmen?

Der Landkreis ist nur ein „Mitspieler“ bei der Energiewende. Aufgefordert sind die bereits erwähnten Gemeinden, aufgefordert sind die gesellschaftlichen Gruppen, aufgefordert ist vor allen Dingen auch die Wirtschaft und aufgefordert sind die Bürger. Doch für all diese Gruppen und Gruppierungen können die Landkreise und daher der Landkreis Miltenberg keine verbindlichen Vorgaben treffen. Hierfür sind gesetzliche Regelungen notwendig. Dazu hat der Landkreis Miltenberg keine Befugnis. **Der Landkreis kann Impulse geben, er kann Anreize schaffen, er kann hinsichtlich der Energieeffizienz seiner Liegenschaften Vorbild sein.**

4. Energie zu akzeptablen Preisen

Unverzichtbare Voraussetzungen für den Erfolg der Energiewende ist eine gerechte und ausgeglichene Verteilung der Vor- und Nachteile. Dazu bedarf es eines eindeutigen **Bekenntnisses zur Sicherheit, Nachhaltigkeit und gleichen Preisen der Energieversorgung im ländlichen Raum.** Hinsichtlich der Energieversorgungssituation und der Energiepreise sind im ländlichen Raum keine Abstriche zu den Ballungsräumen hinnehmbar. Für mich ist wichtig, dass wir mit der Energiewende auch weiterhin für die Bürgerinnen und Bürger und besonders für die Wirtschaft Energie zu bezahlbaren Konditionen anbieten können.

Ich bekenne mich an dieser Stelle ausdrücklich zum Wirtschaftsstandort Landkreis Miltenberg mit seinem hohen Industrialisierungsgrad. **Über 50 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sind im produzierenden Gewerbe angesiedelt.** Das bedeutet aber auch, dass wir **einen hohen Energiebedarf auch in Zukunft haben werden**, der zu decken ist. Wenn wir im Durchschnitt bundesweit liegen ist das für unsere Verhältnisse relativ gut. Daneben haben wir in Deutschland und weltweit eine arbeitsteilige Struktur. D. h. jeder produziert das was er am Besten kann. Dies gilt auch für die Energie.

Dies bedeutet, dass wir auch zukünftig auf Energiezufuhr von außen angewiesen sind, z.B. die großen Strommengen aus Windkraft von der Nord- und Ostsee müssen in den Süden der Bundesrepublik (Bayern, Baden-Württemberg und Hessen) transportiert werden. Augenblicklich geschieht das über das polnische Netz.

Unsere mittelständischen Unternehmen können nur dann überleben und weiterhin ihrem Standort im Landkreis Miltenberg treu bleiben, wenn sie eine zuverlässige Energieversorgung zu akzeptablen Preisen haben. **Die Bedeutung der Energieversorgung als Standortfaktor wird gerade für Unternehmensentscheidungen deutlich zunehmen.** Wir dürfen

nicht außer Acht lassen: Wir brauchen für unsere Menschen Arbeitsplätze vor Ort, diese dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden (s. Ausführungen beim WIPO zu den Strompreisen).

5. Schutz vor Natur und Umwelt

Der für die Energiewende notwendige dynamische Ausbau der erneuerbaren Energien geht mit erheblichen Herausforderungen einher. Es zeichnet sich ab, dass der Bau neuer Windkraft – und Biogasanlagen nicht grenzenlos verwirklicht werden kann.

Der Bau neuer Windkraftanlagen kann das Erscheinungsbild der wachsenden Natur- und Kulturlandschaften beeinträchtigen und durch Lärm- und Lichtimmissionen das Wohlbefinden von Menschen und den Lebensraum von Tieren negativ beeinflussen.

Der bisher weitgehend ungesteuerte Ausbau von Biogasanlagen hat deutschlandweit in einzelnen Regionen bereits eine kritische Konzentration überschritten. Der Anbau von Energiepflanzen kann nicht nur unerwünschte Monokulturen (Mais) zur Folge haben, sondern vor allem, wenn er in industriellem Maßstab erfolgt, auf Grund der Flächenkonkurrenz auch die Grundlagen einer gewachsenen bäuerlichen Landwirtschaft zerstören. Hier ist ein insgesamt behutsames und sorgsames Vorgehen notwendig.

Wir haben aus meiner Sicht die große Chance, den langen Weg der Energiewende mit einem guten Start zu beginnen. Mein Ziel ist es, dass wir diesen Weg möglichst ohne Umwege erreichen. Dazu ist eine schrittweise Vorgehensweise notwendig. **Denn die Energiewende ist kein Projekt, sondern ich verstehe die Energiewende als einen langfristigen und lang andauernden Prozess. Dabei geht Nachhaltigkeit vor Schnelligkeit.** Für diesen Prozess haben wir als Ausgangsposition das integrierte Energie- und Klimakonzept erarbeitet. Dieses ist eine sehr ergiebige Datengrundlage und ein Richtungsgeber für den Weg der Energiewende.

Wir sollten in einem zweiten Schritt uns darauf verständigen, realistische und machbare Ziele zu erreichen. Das Energie- und Klimakonzept enthält hierzu klare Aussagen in den Leitlinien und Leitsätzen. Diesen sollten wir unsere Zustimmung geben. In einem dritten Schritt ist es notwendig, zu überlegen, welche Strukturen, welche Ressourcen werden benötigt, um diesen Weg zu beschreiten. Deshalb schlage ich vor, dass wir uns heute vor allem über einige Grundsatzbedingungen gemeinsam verständigen und diese beschließen (wie z.B. die Annahme des integrierten Energie- und Klimakonzeptes, dem Beschluss zur Einrichtung einer gemeinsamen Energieagentur, die Beantragung einer Förderung für ein Klimaschutzmanagement).

Herr Michael Wedler erläuterte ausführlich die Kerninhalte anhand der beiliegenden Präsentation.

Kreisrat Dr. Steidl bedankte sich bei Herrn Wedler für die Ausführungen. Das Gutachten sei damals mit knapper Mehrheit von CSU und Neuer Mitte beschlossen worden, dies sei aber richtig gewesen, wie sich heute zeige. Wichtig sei auch gewesen, dass keine Prozentzahl als Vorgabe gemacht worden, sondern ergebnisoffen eine Potentialanalyse erstellt worden sei, um zu sehen, was möglich sei. Er halte die Ziele für ambitioniert, aber man wolle es angehen. Die Fraktion der CSU habe bewusst keine Anträge gestellt, um einen Prozentzahlenwettbewerb zu starten. Wichtig sei für die CSU der Beginn und dass die Umsetzungsstrukturen auf den Weg gebracht werden.

Er schlug für seine Fraktion vor, die Anträge mit den Ziffern 3, 4, 7, 8, 9, 10, 11 und den heutigen (Erweiterungs-)Antrag der Freien Wähler an die zu gründende Energieagentur (und deren Beirat) zu verweisen. Einige Anträge würden fordern, zusätzliche Leitsätze zu ergänzen. Seine Fraktion sehe hier keinen Mehrwert. Man wolle die Anträge nicht ablehnen, aber man wolle auch keine festen Zahlen in bestimmten Zeiträumen festhalten, die dann nicht

realisierbar seien. Außerdem könne man nicht erst für viel Geld ein Gutachten in Auftrag geben, die Experten ausarbeiten lassen, und dann selbst ernannte Ziele darin formulieren.

Landrat Schwing wies darauf hin, dass die genannte Energieagentur grundsätzlich natürlich erst auf den Weg gebracht werden müsse. Weiterhin habe man das Gutachten gemeinsam ausgearbeitet, nicht nur die Experten (deren Sachverstand man natürlich benötige). Es sei breit angelegt gewesen und wer nicht dabei war, sei selbst schuld. Jeder sei eingeladen gewesen und man habe wirklich auf breiter Basis diskutiert.

Kreisrätin Münzel erklärte, sie wolle auf die Anträge ihrer Fraktion nicht im Detail eingehen, aber einige Dinge grundsätzlich ansprechen. Im Voraus erklärte sie, mit dem Vorschlag von Kreisrat Dr. Steidl einverstanden zu sein.

Ihre Fraktion halte an dem Ziel einer 100%-Versorgung des Landkreises Miltenberg aus erneuerbaren Energien fest. Dies sei eine Vision. Auch wenn Herr Wedler erklärt habe, dass dies im Moment nicht machbar sei. Man wolle sich dies aber als Vision und angestrebtes Ziel im Hinterkopf behalten. Die technische Entwicklung sei nicht voraussehbar. Sie erwarte hier in den kommenden Jahren einen enormen Fortschritt. Wie enorm dieser sein könne, sehe man heute an den Kommunikationsmitteln. Hier sei ein Stück Hoffnung enthalten, dass die technische Entwicklung einen großen Schritt vorangehe.

Eigentlich finde sie auch interessant, dass man heute doch diese Diskussion sehr ernsthaft führe. Als das Gutachten beauftragt worden sei, habe die CSU abgelehnt, 100%-Szenarien zu untersuchen. Im Nachhinein sei dies nun doch gemacht worden und die Aussage, dass man im Landkreis Miltenberg bis 90% im Strombereich erreichen könne, sei schon ein enormer Schritt. Sie erinnerte sich, dass ihre Fraktion vor Jahren bereits einen Antrag auf 100% gestellt habe, dies aber damals nicht ernsthaft diskutiert worden sei. Ein paar Jahre später sei man nun ein ganzes Stück weiter.

Nun, ein Jahr nach Fukushima, habe man intensiv geredet und nun sei es Zeit zu Handeln. Für sie sei sehr wichtig, wie die Organisationsstruktur aussehe. Sie sei fest davon überzeugt, wenn man erfolgreich sein wolle, brauche man eine schlagkräftige Organisationsstruktur. Es sei auch kein Geheimnis, dass die Grünen eine Organisationsstruktur bevorzugen, die von der Wirtschaft unabhängig sei. Ihnen sei eine Energieagentur unabhängig von der Wirtschaft am liebsten.

Kreisrätin Münzel führte weiterhin aus, sie empfinde die Wirtschaft als Bremse. Die Wirtschaft habe in den Foren erfolgreich verhindert, dass konkrete Einsparziele genannt werden. Die Wirtschaft habe wohl gesagt, dass es keine ideologische Begründung für die Energiewende gebe. Sie erklärte, für sie sei die Energiewende ganz weit weg von Ideologie. Hier gehe es um Klimaschutz und die Zukunft unseres Planeten.

Sie habe sich bei zwei Workshops (auch zusammen mit Kreisrat Dr. Fahn) in vielen Parteien und Gebietskörperschaften dafür eingesetzt, eine entsprechende Struktur am bayerischen Untermain auf den Weg zu bringen. Heute liege ein Kompromiss vor, so wie er bei dem Treffen der beiden Landräte mit den beiden Oberbürgermeistern verhandelt worden sei. Und Kompromisse würden manchmal eben weh tun und seien nie das zu 100%, was man selbst wolle. Aber durch die Einrichtung einer Energieagentur, ein bisschen weggerückt von Wirtschaft und ZENTEC und außerdem befristet, rechne sie mit einer größeren Unabhängigkeit. Sie akzeptiere diesen Kompromiss, werde auch zustimmen – ob letztendlich diese Lösung dann auch akzeptabel sein werde, das entscheide sie für sich dann bei der Besetzung des Beirates und dem Umgang mit Lenkungsreisen. Zum jetzigen Zeitpunkt stimme sie aber zu. Die Leitsätze und Leitlinien seien für sie in erster Linie ein erster Schritt. Sie möchte dies nicht als endgültig sehen, daher stimme sie in der vorliegenden Form zu, werde aber in der nächsten Zeit kritisch mitgestalten und begleiten.

Landrat Schwing bedankte sich bei Kreisrätin Münzel für eine wirklich verantwortungsvolle Stellungnahme, die er in vielen Punkten unterstreichen könne. Er wolle aber darum bitten, von der Vorstellung Abschied zu nehmen, dass die ZENTEC von der Wirtschaft beherrscht oder gesteuert werde. Die ZENTEC sei eine rein kommunal gesteuerte Einrichtung. Zwar sei

bei den Gesellschaftern die IHK und HWK dabei, aber nur mit einem einzigen Sitz, alles andere sei kommunal. Man habe über 60% kommunales Stammkapital. Außerdem wechsele alle zwei Jahre die Leitung. Die Wirtschaft habe überhaupt keine Chance, dies zu majorisieren. Sicherlich gehe es in vielen Bereichen um die Wirtschaft, aber dies sei normal.

Dass sie an Visionen festhalten, sei natürlich auch in Ordnung. Und dass man erst am Anfang stehe, da sei man wohl einer Meinung. Die zentrale Aussage sei, eine arbeitsfähige Struktur zu schaffen.

Kreisrat Klimmer dankte Herrn Wedler für sein hervorragendes Werk, analytisch sehr gut aufgebaut und eine echte Grundlage für das weitere Handeln. Er wolle die 100%-Forderung einmal aus einer anderen Perspektive betrachten: Erneuerbare Energien wachsen ja nicht in den Städten, sondern im ländlichen Raum. Somit habe man einen sehr hohen Flächenverbrauch. Der Landkreis Miltenberg habe in den letzten 15 Jahren bereits 9% an landwirtschaftlichen Flächen verloren, und dies schon ohne die Energiewende. Er könne sich nicht vorstellen, dass das so weitergehe, auch im Hinblick darauf, dass die Landwirtschaft neben der Erneuerbaren Energie auch ursächlich noch andere Aufgaben habe. Insofern sei er gegen die 100%-Versorgung, weil er sie nicht für vertretbar und nachhaltig sehe. Er bat in der Diskussion um eine hohe Sensibilität für den ländlichen Raum.

Auch finde er, die Wirtschaft müsse beim Energiebeirat dabei sein, natürlich nicht alleine. Natürlich gehöre für ihn die Bevölkerung als Betroffene maßgeblich hinein.

Er sei nicht gegen erneuerbare Energien, ganz im Gegenteil, bat aber um eine sensible Betrachtung.

Kreisrat Wendland erklärte, man habe sich in seiner Fraktion eine ergebnisoffene Analyse gewünscht, und dies sei in seinen Augen genau gelungen. Man habe es geschafft, die Klimaideologie auf der einen Seite und auf der anderen Seite den rationalen Nutzwert in Konsens darzustellen. Daher werde man dem Konzept auch zustimmen.

Er merkte zur Äußerung von Kreisrätin Münzel zum „Bremsklotz Wirtschaft“ an, diese Aussage sei in seinen Augen überhaupt nicht verständlich. Er sehe die mittelständige Wirtschaft eher als Motor.

Landrat Schwing fügte dem noch hinzu, die Wirtschaft habe hier bisher mit Abstand auch die größten Einsparungen gebracht und habe das größte Motiv.

Kreisrätin Follner erklärte, sie wolle die genannte gemeinsame Vorgehensweise nicht nur auf die Gebietskörperschaften beziehen, sondern auch auf Haushalt, Wirtschaft und Kommunen. Es habe sie gestört, dass beim Haushalt konkrete Zahlen da waren, während dies bei Kommunen und Wirtschaft nicht der Fall gewesen sei. Alle müssten zusammen arbeiten. Es sei klar, dass der Landkreis Miltenberg hier nur Mitspieler sei und auch andere mit im Boot seien, aber vorpreschen könne man hier nicht.

Sie meine auch, Umweltschutz bringe die Wirtschaft auch weiter. Sie denke auch, die Technologien entwickeln sich rasant und man könne hier durchaus Visionen haben und höhere Ziele setzen. Als Vorbildregion könne man ja auch sagen, man versuche in bestimmten Bereichen auch 100% autark zu werden.

Auch sie wünsche sich eine gewisse Unabhängigkeit des Energiebeirates und die Mitgliedschaft von Natur- und Umweltverbänden.

Zu den Schulen merkte sie an, man habe vor einigen Jahren bereits einen Arbeitskreis im Zusammenhang mit Agenda 21 gehabt, dieser sei leider eingeschlafen. Diesen habe sie für gut empfunden, sie sei damals für die Realschulen zuständig gewesen. Die Frage sei damals gewesen, wie man Schülern und Kindern Umweltschutz und Energiesparen nahebringen könne. Dies sei die Zukunft, denn Kinder seien noch offen für diese Dinge. Hier sollte man auch die Erzieher und Lehrer mit ins Boot nehmen.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, seine Fraktion halte es für gut, dass die gestellten Anträge nicht abgelehnt, sondern verwiesen werden. Man werde auch dem Gesamtkonzept zustimmen. Er

sagte, man sei nicht nur ein Wirtschaftslandkreis, sondern auch ein Landkreis mit schöner Umwelt, die man erhalten müsse. Dies wolle er auch klar betonen, es gelte, Ökologie und Ökonomie miteinander zu verbinden. Er sei auch froh über die 100%-Diskussion, dies habe man durch die Anträge erreicht. Die damalige Abstimmung sei wirklich knapp gewesen und der damalige Antrag seiner Fraktion sei in eine Arbeitsgruppe verwiesen worden. Dies bedaure er im Nachhinein, sonst wäre man vielleicht heute schon einen Schritt weiter. Es dürfe keine Denkverbote geben, erst recht, da die Entwicklung so rasch vorangehe. Seine Fraktion habe in ihren Anträgen von mittel- bis langfristigen Zielen gesprochen und keine konkreten Jahreszahlen genannt. Die Entwicklung gehe so schnell voran, dass man dies heute noch gar nicht überblicken könne, aber eine Vision brauche man. Auch der Odenwaldkreis habe dies so gemacht und positive Erfahrungen gemacht.

Nur auf Seite 87 des Konzepts steht der Haushalt mit qualitativen Zahlen, aber es müssten alle genannt werden. Dies erhöhe die Qualität.

Öffentliche Liegenschaften haben eine Vorbildwirkung, dies seien auch die Schulen, daher habe man den Vorschlag gemacht, auch hier ein konkretes Ziel zu formulieren. Bildung und Schule seien wichtig und auch für Schüler und Lehrer seien solche Ziele wichtig. Er habe mit dem Energieforum gesprochen, dort sei man bereit, in die Schulen zu gehen und dort die Energiewende praktischer darzustellen. Die Energiewende finde insgesamt im Kopf statt. Man müsse daher früh beginnen, die Kinder und Jugendlichen an diese Ziele heranzubringen.

Daher halte er die Ausführungen auf Seite 149 des Konzeptes für zu allgemein und ungenau formuliert, dies könne noch verbessert werden.

Er meinte, auch Zwischenziele motivieren und seien daher wichtig.

In Bezug auf die ZENTEC erklärte er, sicherlich werde diese von vielen Kommunen getragen, aber im Hinblick auf den Energiebereich sei der Schwerpunkt schon bei der Industrie. Es habe ja die TaskForce gegeben, welche viel Vorarbeit geleistet habe. Hier sei nur Herr Paulus vom Energieforum dabei gewesen. Natürlich leiste die ZENTEC hervorragende Arbeit.

Insgesamt bewerte er das Gutachten für gut.

Landrat Schwing bemerkte, man habe den Gutachtern bewusst keinerlei Denkverbote auferlegt. Man habe die Potentiale ermitteln wollen. Dies sei der Hintergrund der damaligen Diskussion gewesen, aber dies sei Schnee von gestern.

Der Odenwaldkreis sei allerdings kein Vergleich zum Landkreis Miltenberg, dieser sei ganz anders, ländlich geprägt und strukturiert, habe kaum Industrie und weniger Bevölkerung. Bei einem reinen Wohn- und Schlaflandkreis sei es weniger ein Problem 100% zu erreichen.

Kreisrätin Follner ergänzte ihre vorherige Wortmeldung noch um ein Lob für das Gutachten, vor allem der Maßnahmenkatalog habe ihr gut gefallen.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Fahn zum Controlling (Beschluss Ziff. 2) erklärte Landrat Schwing, der Landkreis Miltenberg habe das Programm genau wie die anderen beiden Gebietskörperschaften aus Aschaffenburg gekauft. Dies sei Voraussetzung für Bundesprogramme und deren Zuschüsse. Man müsse natürlich noch klären – unter Vorbehalt der Energieagentur – wo dies sinnvollerweise zukünftig gemacht werde.

Kreisrat Dr. Steidl stellte klar, dieses Controlling beziehe sich nicht nur auf die landkreiseigenen Liegenschaften, sondern solle (die Software gebe diese Möglichkeit auch) für den kompletten Bereich der Energiewende anzuwenden sein.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste einstimmig die folgenden

B e s c h l ü s s e:

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz empfiehlt, der Kreistag des Landkreises Miltenberg möge beschließen:

- Der Abschlussbericht über das „Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept für die Region Bayerischer Untermain“ wird zustimmend zur Kenntnis genommen und die Umsetzung bezüglich der für den Landkreis Miltenberg relevanten Zielsetzungen und Handlungsfelder beschlossen. Der Landkreis Miltenberg stimmt den in dem Gutachten von B.A.U.M. Consult enthaltenen Leitsätzen und Leitlinien zu und erkennt diese an.
- Zur Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimakonzeptes wird ein geeignetes Klimaschutz-Controlling im Landkreis Miltenberg aufgebaut.
- Der Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.11.2011 auf Aufnahme des Verkehrs in den Leitsatz des Gutachtens hat sich erledigt.
- Der Antrag der Freien Wähler vom 10.03.2012, die Leitsätze des „Integrierten Energie- und Klimakonzeptes“ um den Zusatz „Der Landkreis Miltenberg bzw. der Bayer. Untermain orientieren sich im Rahmen der Umsetzung ihres Klimaschutzkonzeptes an den Zielen der Bundesregierung und der Bayer. Staatsregierung“ hat sich erledigt.

Weiterhin fasste der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz folgende

B e s c h l ü s s e:

- Der Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.01.2010 auf 100% Energieautarkie des Landkreises Miltenberg bis 2038, 50% bis 2025 wird an die zu gründende Energieagentur verwiesen.
- Der Antrag der Freien Wähler vom 18.07.2010 auf 100% Eigenversorgung mittel- bis langfristig, auch in der Region 1 wird an die zu gründende Energieagentur verwiesen.
- Der Antrag der Freien Wähler vom 10.03.2012, die Leitsätze des „Integrierten Energie- und Klimakonzeptes“ um die Angabe konkreter Einsparziele in Prozentzahlen für alle Beteiligten, nämlich Haushalte, öffentliche Verwaltung und Wirtschaft, zu ergänzen, wird an die zu gründende Energieagentur verwiesen.
- Der Antrag der Freien Wähler vom 10.03.2012, die Leitsätze des „Integrierten Energie- und Klimakonzeptes“ beim Punkt Nummer 3 „Öffentliche Liegenschaften übernehmen dazu mit ihrem Energiemanagement wichtige Vorbildfunktionen“ um konkrete Einsparziele in % zu ergänzen, wird an die zu gründende Energieagentur verwiesen.
- Der Antrag der Freien Wähler vom 10.03.2012, die Leitsätze des „Integrierten Energie- und Klimakonzeptes“ beim Punkt Nummer 5 „Im Miteinander von erneuerbarer und konventioneller Energieerzeugung auf regionaler Ebene ist die Bereitstellung von gesicherter Leistung, Regelenergie und Nutzung der Koppelwärme anzustreben“ folgende Ergänzung anzubringen: Mittelfristig strebt der Landkreis Miltenberg bzw. der Bayer. Untermain an, den Strom zu 100% aus erneuerbaren Energien zu decken, um zumindest im Strombereich eine Energieautonomie zu erreichen, wird an die zu gründende Energieagentur verwiesen.
- Der Antrag der Freien Wähler vom 10.03.2012, folgenden neuen Leitsatz in das „Integrierten Energie- und Klimakonzept“ der Region Bayerischer Untermain einzufügen: „Bei der Reduzierung des Energieverbrauchs in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr bzw. in den Sektoren Haushalte, öffentliche Verwaltung und Wirtschaft sind auch Zwischenziele einzufügen und regelmäßig zu evaluieren“, wird an die zu gründende Energieagentur verwiesen.
- Der Antrag der Freien Wähler vom 10.03.2012, folgenden neuen Leitsatz in das „Integrierte Energie- und Klimakonzept“ der Region Bayerischer Untermain einzufügen:

„Bei der Umsetzung des regionalen Energie- und Klimakonzepts sind die Bildungseinrichtungen ganz konkret einzubeziehen.“, wird als Aufgabe an die geplante Energieagentur und die Landkreisverwaltung weitergegeben.

- ❑ **Der Erweiterungsantrag der Freien Wähler vom 22.03.2012 - Einbeziehung der Bildungseinrichtungen (Öffentlichkeitskonzept) - wird an die zu gründende Energieagentur verwiesen.**

Der Antrag der Freien Wähler vom 10.03.2012, die Langfassung des Berichts parteipolitisch neutral zu halten, wurde von Kreisrat Dr. Fahn zurückgezogen, da dies bereits erfüllt ist.

Tagesordnungspunkt 2:

**Integriertes Energie- und Klimakonzept Bayerischer Untermain:
Vorbereitung der organisatorischen Strukturen in Umsetzung des Energie- und Klimakonzeptes Bayerischer Untermain;
Verschiedene Anträge zum "Integrierten Energie- und Klimakonzept"**

Landrat Schwing erläuterte:

1. Energieagentur - Antrag der CSU-Fraktion, der Freien Wähler und der SPD zur Energieagentur

Mit Schreiben vom 27.11.2011 beantragte Kreisrat Dietmar Andre für die CSU-Kreistagsfraktion:

„Der Kreistag möge beschließen: Zur Umsetzung des „Integrierten Energie- und Klimakonzepts“ in der Region 1 beteiligt sich der Landkreis Miltenberg zusammen mit der Stadt und dem Landkreis Aschaffenburg an der Einrichtung einer regionalen Energieagentur bei der ZENTEC GmbH in Großwallstadt. Sie ist für die im Gutachten beschriebenen regionalen Koordinierungs- und Umsetzungsaufgaben zuständig und soll sich für ihre Tätigkeit um staatliche Zuschüsse bemühen.

Sie berichtet den zuständigen Kreisgremien regelmäßig über ihre Tätigkeit. Die an der Energiewende Beteiligten (z.B. Kommunen, Wirtschaft, lokale Energieversorgungsunternehmen, Land- und Fortwirtschaft, der Natur- und Umweltverbände) sind in geeigneter Weise einzubinden.“

Mit Schreiben vom 10.03.2012 beantragte Kreisrat Dr. Hans-Jürgen Fahn für die Fraktion der Freien Wähler:

„Antrag 8 der Freien Wähler zum Gesamtbericht des Gutachtens der Region Bayer. Untermain im Rahmen des integrierten Klimaschutzkonzepts:
Einrichtung einer Energieagentur.“

Mit Schreiben vom 14.03.2012 beantragte Kreisrat Dr. Schüren für die SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistag möge beschließen:

Antrag 1

„Es wird eine gemeinsame Energieagentur der Gebietskörperschaften Landkreis Miltenberg, Stadt Aschaffenburg und Landkreis Aschaffenburg eingerichtet, die, politisch legitimiert und kontrolliert durch die Gebietskörperschaften, als unabhängige Einrichtung bei der Zentec angesiedelt wird.“

Der Landkreis Miltenberg beabsichtigt, sich gemeinsam mit den anderen Gebietskörperschaften der Region 1 an der Gründung einer Energieagentur mit Beirat zu beteiligen. Die vorliegenden Anträge der Fraktionen zur Energieagentur enthalten Vorschläge zur Ausgestaltung eines etwaigen Kompetenzzentrums Energie. Die Gründung einer Energieagentur setzt voraus, dass ein schlüssiges Gesamtkonzept zu deren Aufbau, Ansiedlung, Organisation und Aufgaben vorliegt.

Gegenwärtig laufen Gespräche mit der Stadt Aschaffenburg und dem Landkreis Aschaffenburg zur Gründung einer regionalen Energieagentur bei der Zentec GmbH in Großwallstadt. Dort sind mit den Gesellschaftern Gebietskörperschaften, IHK, HWK und Sparkassen/Banken bereits günstige organisatorische Rahmenbedingungen vorhanden.

Möglich Aufgabenbereiche sind: Neutrale Beratung und Dienstleistungen rund um das Thema Energie für Private und Kommunen, Bildung eines Kompetenznetzwerks aus örtlichen Handwerkern, Energieberatern und Architekten, Zusammenarbeit mit regionalen Akteuren (z.B. IHK, HWK, Kommunale Versorgungsunternehmen), Umsetzung des Energie- und Klimakonzepts auf regionaler Ebene, Koordinierungsaufgaben. Am 12.03.2012 fand ein Abstimmungsgespräch in Aschaffenburg statt.

Einen aktuellen Sachstand zu den Bemühungen sowie Ausführungen zu den Fördergrundsätzen gab Herr Dr. Heimann anhand beiliegender Präsentation im Rahmen der Sitzung.

2. Klimaschutzmanager – Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und der SPD-Kreistagsfraktion

Mit Schreiben vom 14.11.2011 beantragte Kreisrätin Petra Münzel für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, der Kreistag möge beschließen:

Antrag 4

„Zur Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimakonzepts schafft der Landkreis Miltenberg eine Stelle für einen Energiemanager/einer Energiemanagerin.“

Mit Schreiben vom 14.03.2012 beantragte Kreisrat Dr. Schüren für die SPD-Kreistagsfraktion, der Kreistag möge beschließen:

Antrag 2

„Im Landratsamt wird eine Stelle zur Unterstützung der Energiewende geschaffen oder diese Aufgabe einem/r Beschäftigten (ggf. aus UB 5) übertragen.“

Diese Anträge sind unter Berücksichtigung folgender Erwägungen zurückzustellen:

Das Integrierte Energie- und Klimakonzept der Region Bayerischer Untermain, das gemeinsam von der Stadt Aschaffenburg und den beiden Landkreisen Aschaffenburg und Miltenberg initiiert und in Workshops gemeinsam mit vielen Akteuren der Region unter fachlicher Begleitung durch die Fa. B.A.U.M. Consult GmbH München erarbeitet wurde, bedarf nun der Umsetzung sowohl in der Region als auch in der Stadt, den Landkreisen und allen Kommunen vor Ort.

Das langjährige Engagement des Landkreises Miltenberg im Bereich Energieeinsparung, Bürgerberatung und Liegenschaftsmanagement wurde durch dieses Konzept als richtig und wichtig bestätigt.

Allein aus dem Integrierten Energie- und Klimakonzept ergeben sich zahlreiche Maßnahmen, die umgesetzt werden müssten (siehe Maßnahmenkatalog auf Seite 99 ff. des Gutachtens).

Der Landkreis Miltenberg hat bereits Vorarbeit geleistet und nimmt beispielsweise mit seinem Projekt „Klimaschutzmanagement der eigenen Liegenschaften“ seine Vorbildfunktion entsprechend der Leitsätze (s. S. 87 des Konzepts) schon jetzt wahr. Der Energiebericht für die kreiseigenen Liegenschaften wurde bereits in mehreren Sitzungen des Bauausschusses vorgestellt. Für das Energiemanagement an den kreiseigenen Liegenschaften sind 380.000 Euro im Haushalt für 2012 vorgesehen. Es wurde außerdem eine eigene Fachkraft für Gebäudewirtschaft eingestellt, die auch für Energiefragen in den Landkreisgebäuden zuständig ist (Herr Breunig, Kreisbauamt). Dieser absolviert momentan eine Fortbildung zum Energiemanager (BVS).

Die Umsetzung dieser Maßnahmen kann auf diesem hohen arbeitsträchtigen Niveau nicht dauerhaft mit dem bestehenden Personalbestand als zusätzliche Aufgabe ausgeführt werden.

Bevor jedoch abschließend über eine hausinterne Stellenmehrung entschieden wird, ist das Konzept zur Gründung einer Energieagentur inklusive Aufgabenbeschreibung abzuwarten und mit den bisherigen Strukturen im Haus abzugleichen, um festzustellen, ob und wo noch Stellenbedarf besteht.

Es muss sichergestellt sein, dass keine Doppelstrukturen geschaffen werden, bestehende Kompetenzen genutzt und eingebunden und keine Interessenkonflikte zu den Staatsbehörden im Landratsamt entstehen.

Daher erfolgt die Antragstellung zunächst ausschließlich zur Fristwahrung (Fristablauf 31.03.2012). Mit der Unterstützung des Landkreises bei der Antragstellung wurde die Firma B.A.U.M. Consult beauftragt.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste einstimmig die folgenden

B e s c h l ü s s e :

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz empfiehlt, der Kreistag des Landkreises Miltenberg möge beschließen:

- 1. Die Gebietskörperschaften erteilen gemeinsam der Zentec GmbH einen Auftrag, die Aufgaben einer Energieagentur für die Region wahrzunehmen. Der Auftrag wird hinsichtlich der zu erledigenden Aufgaben, des Budgets und der Auftragsdauer (5 Jahre) präzisiert. Die Gebietskörperschaften stellen den notwendigen Förderantrag „Energieagentur“ selbst und verpflichten die Zentec GmbH, die Aufgabenerledigung gemäß den Förderrichtlinien des Freistaates sicherzustellen. Die Kosten für den Auftrag tragen die Gebietskörperschaften jeweils zu 1/3 abzüglich der zu beantragenden Fördermittel. Dazu wird der Zentec GmbH der Auftrag erteilt, einen eigenständigen Arbeitsbereich „Energieagentur“ gemäß des Mindestleistungsprofils zur Förderung von Energieagenturen zu gründen. Es wird ein Beirat gebildet.**
- 2. Die Anträge der CSU-Kreistagsfraktion vom 27.11.2011 zur Gründung einer Energieagentur, der Freien Wähler vom 10.03.2012 zur Einrichtung einer Energieagentur sowie der SPD-Kreistagsfraktion zur Einrichtung einer Energieagentur haben sich erledigt.**
- 3. Entsprechend der Förderrichtlinien des Bundesumweltministeriums stellt die Landkreisverwaltung zur Fristwahrung spätestens bis 31.03.2012 (Ende der Antragsfrist) einen Förderantrag zur Einstellung eines „Klimaschutzmanagers“. Für den Fall der positiven Verbescheidung durch die Förderstelle wird die Besetzung der Stelle unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kreistags, der Verfügbarkeit der Haushaltsmittel und eines schlüssigen Konzepts für die Aufgaben der zu gründenden Energieagentur und**

des Klimaschutzmanagers gestellt.

- 4. Die Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.11.2011 zur Einstellung eines Energiemanagers und der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.03.2012 zur Einstellung eines „Energieberaters“ werden zurückgestellt.**

Tagesordnungspunkt 3:

**Integriertes Energie- und Klimakonzept Bayerischer Untermain:
Verschiedene Anträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
(Informationen aus dem Regionalen Planungsausschuss, Einsetzung von Lenkungs-
kreisen)**

Landrat Schwing erläuterte:

1. Beschlüsse des Planungsausschusses - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mit Schreiben vom 14.11.2011 beantragte Frau Kreisrätin Petra Münzel für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, der Kreistag möge beschließen:

Antrag 3

„Der Landrat berichtet in jeder Sitzung des Kreisausschusses über den Fortgang des Verfahrens zur Änderung des Regionalplans bezüglich der Windkraft in den Naturparks.“

Bereits in der Vergangenheit wurde über relevante Sachverhalte und Beschlüsse aus dem Regionalen Planungsverband in den Kreisgremien berichtet. Dies wird auch künftig in gleicher Weise fortgesetzt und gilt auch für das Thema „Windkraft in Landschaftsschutzgebieten“.

2. Anträge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zu Lenkungskreisen

Mit Schreiben vom 14.11.2011 beantragte Frau Kreisrätin Petra Münzel für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen, der Kreistag möge beschließen:

Antrag 2

„Zur Umsetzung der Energiewende richten die 3 Gebietskörperschaften auf der Ebene der Region 1 einen Lenkungskreis ein. Dieser besteht u.a. aus VertreterInnen der Kommunen, der lokalen Energieversorgungsunternehmen, der Wirtschaft, der Natur- und Umweltverbände, der Land- und Forstwirtschaft. Aufgabe des Lenkungskreises ist u.a. die Formulierung der Teilziele, die Koordination der Akteure, ständige Erfolgskontrolle und Berichtspflicht gegenüber den Gebietskörperschaften. Zur Unterstützung dieser Arbeit wird zusätzliches Personal (EnergiemanagerInnen) eingestellt werden. Das Energiemanagement und der Lenkungskreis werden direkt den Gebietskörperschaften unterstellt.“

Antrag 5

„Zur Umsetzung der Energiewende richtet der Landkreis Miltenberg einen Lenkungskreis ein. Dieser besteht u.a. aus VertreterInnen der Kommunen, der lokalen Energieversorgungsunternehmen, der Wirtschaft, der Natur- und Umweltverbände, der Land- und Forstwirtschaft. Aufgabe des Lenkungskreises ist u.a. die Umsetzung des Energiekonzepts der Region 1 im Landkreis Miltenberg.“

Der Landkreis Miltenberg beabsichtigt, sich gemeinsam mit den anderen Gebietskörperschaften der Region 1 an der Gründung einer Energieagentur mit Beirat zu beteiligen (siehe

TOP 2.1.). Der Landkreis Miltenberg beabsichtigt außerdem zur Fristwahrung einen Antrag auf Förderung eines Klimaschutzmanagers zu stellen. Die o.g. Anträge enthalten verschiedene Vorschläge zur Umsetzung des Integrierten Energie- und Klimakonzepts bzw. zu Einzelmaßnahmen. Diese setzen voraus, dass ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Umsetzung der im Konzept empfohlenen Maßnahmen, der Einrichtung eines Klimaschutz-Controllings und insbesondere zur Einrichtung eines Kompetenzzentrums Energie vorliegt, so dass diese Anträge bis zur Vorlage des Konzepts über eine Energieagentur zurückzustellen sind.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.12.2011: Ökoprofit für Schulen

Die Verwaltung verfolgt einen weitergehenden Ansatz, als er im vorliegenden Antrag vorgesehen ist:

Mit dem Aufbau eines „Klimaschutzmanagements für die Liegenschaften des Landkreises Miltenberg“ (Förderung durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) sind wir tiefer und gründlicher in die Thematik eingestiegen, als es bei dem Projekt „Ökoprofit“ vorgesehen ist.

Alle Liegenschaften wurden mittels so genannter Detailanalysen auf Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten untersucht. Für jede Liegenschaft gibt es einen Bericht, der verschiedene Einzelmaßnahmen und auch Maßnahmenpakete enthält. Unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit werden diese Einzelmaßnahmen und Maßnahmenpakete nun nach und nach vom Bereich 5.2 abgearbeitet. Im Haushalt 2012 sind für „Energiemanagement-Maßnahmen“ bereits 380.000 Euro vorgesehen.

Die einzelnen Maßnahmenpakete werden auch im Zuge von Teil- bzw. Generalsanierungen in Angriff genommen. Dies geschieht immer unter Beachtung der 'Leitlinien zum energieeffizienten, wirtschaftlichen und nachhaltigen Bauen und Sanieren im Gebäudemanagement des Landkreises Miltenberg', kurz Klimaschutzleitlinien, die ebenfalls im Zuge des „Klimaschutzmanagements“ erarbeitet wurden.

Das „Ökoprofit an Schulen“ könnte darüber hinaus lediglich noch Ergebnisse zu den Themen Abfallentsorgung, Nutzermotivation, rechtliche Verhältnisse etc. bringen. In den Jahren 2009/10 hat das Landratsamt Miltenberg selbst am „Ökoprofit“ teilgenommen und das entsprechende Zertifikat erhalten. Die Teilnahme erfolgte auch mit dem Ziel, die dabei gewonnenen Erkenntnisse auf unsere Schulen zu übertragen. Eine unmittelbare Teilnahme der Schulen an diesem Projekt ist deswegen nicht mehr notwendig. Das Landratsamt hat dieses Vorgehen mit dem Regionalmanager Markus Seibel als dem Koordinator des Projekts abgestimmt.

Kreisrätin Münzel bat darum, den Antrag vom 09.12.2011 zum Ökoprofit an Schulen nicht abzulehnen, sondern als Material zu behandeln. Dies sei eine gute Gelegenheit, alle Kinder mit diesem Thema zu beschäftigen. Sicher sei es eine teure Angelegenheit, aber für die Schulen unglaublich hilfreich.

Kreisrat Berninger erklärte zu Punkt 1, so langsam setze sich die Erkenntnis durch, wer für was zuständig sei. Für die Frage der Windkraft in Landschaftsschutzgebieten sei zwar auch der Regionale Planungsverband zuständig, aber der greife im Prinzip nur auf die Schutzgebietsverordnungen zurück, die von den Kreisen bzw. vom Bezirk erlassen werden. Am Montag zuvor habe man Kreisversammlung des Bayerischen Gemeindetages gehabt und umfangreiche Beschlüsse zum Thema einstimmig gefasst, u. a. werde man beantragen, dass ein landkreisweiter Teilflächennutzungsplan für Windkraft und sicherlich in der Folge auch für andere Energieformen erstellt wird und ein Sondierungskonzept für die Schutzgebiete in den Naturparks Odenwald und Spessart erstellt wird. Denn der Umweltausschuss sei eigentlich

das Gremium, das dafür zuständig sei. Eine Berichterstattung sei zwar wünschenswert, aber das Gremium selbst werde sich hier mit den Fragen auseinandersetzen müssen.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz empfiehlt einstimmig, der Kreistag des Landkreises Miltenberg möge beschließen:

1. **Der zuständige Ausschuss des Landkreises Miltenberg wird regelmäßig über Beschlüsse aus dem Regionalen Planungsausschuss zum Fortgang des Verfahrens zur Änderung des Regionalplans bezüglich der Windkraft in den Landschaftsschutzgebieten informiert.**
2. **Die Anträge von Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.11.2011 (Antrag 2 - Einsetzung eines Lenkungskreises auf Ebene der Region 1 und Bereitstellung von zusätzlichem Personal - Antrag 5 Einrichtung eines Lenkungsausschusses für den Landkreis) werden in die Beratungen zur Erstellung eines Konzepts für die regionale Energieagentur eingebracht.**

Der Antrag vom 09.12.2011 von Bündnis 90/Die Grünen zum Ökoprofit an Schulen wird an die zu gründende Energieagentur verwiesen.

Tagesordnungspunkt 4:

Antrag der ödp/BLU vom 19.01.2012:

"Kein weiterer Ausbau der B 469 in Richtung Kleinheubach"

Baudirektor Biller erläuterte anhand der beiliegenden Präsentation.

Mit eMail vom 19.01.2012 legten die Kreisräte von ödp/BLU Kreisrat Ulrich Frey und Kreisrat Steffen Scholz ihren in der Kreistagssitzung vom 27.07.2009 zurückgestellten Antrag wieder vor.

Der Antrag lautet:

Die Verwaltung des Landkreises Miltenberg wird beauftragt, bei den Verkehrsministerien des Bundes und des Freistaats Bayern darauf hinzuwirken, dass ein weiterer Ausbau der B 469 in Richtung Kleinheubach unterbleibt.

Die Landkreisverwaltung hat zu dem Antrag eine Stellungnahme des Staatlichen Bauamts Aschaffenburg eingeholt, die mit Schreiben vom 17.02.2012 einging.

Zunächst ist festzustellen, dass der Antrag der ödp/BLU sehr allgemein formuliert ist.

Ein weiterer Ausbau kann auch sicherheitsrelevante Aus- und Umbaumaßnahmen beinhalten. Die Unterlassung solcher Maßnahmen würde dem nach dem FStrG vorgegebenen Auftrag der Straßenbauverwaltung, für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf den Bundesstraßen zu sorgen, völlig entgegenstehen. Allein schon deshalb muss der Antrag zurückgewiesen werden.

Die Verkehrsbedeutung der B 469 für die Region Bayerischer Untermain ist unumstritten. Die B 469 stellt nicht nur die wichtigste Nord-Süd-Verkehrsverbindung im Landkreis Miltenberg dar, sondern sie sorgt auch für Entlastungen auf der rechts-mainischen Seite. Schon geringe Störungen auf der B 469 führen zu Staus und massiven Behinderungen, mit der Folge, dass

auf das nachgeordnete Straßennetz ausgewichen wird und dort Ortsdurchfahrten in hohem Maße zusätzlich belastet werden. Darüber hinaus müssen wir mit zunehmendem Verkehr rechnen, wie die Verkehrszählungen zeigen.

Die Straßenverkehrszählung 2010 hat im Vergleich zur Zählung 2005 grundsätzlich einen Anstieg der Verkehrsbelastung festgestellt. So ist bei Niedernberg eine Zunahme von 29.760 Kfz/24h auf 31.214 Kfz/24h zu verzeichnen. Der einbahnige Abschnitt südlich von Trennfurt wird gegenwärtig von 18.708 Kfz/24h (2005: 18.663 Kfz/24h) beansprucht. Auf Höhe Kleinhuebach befinden sich 15.615 Kfz/24h (2005: 14.230 Kfz/24h) auf der B 469.

Von der Landkreisgrenze bis Trennfurt ist die B 469 zweibahnig und anbaufrei ausgebaut. Ab Trennfurt bis Amorbach weist sie einen einbahnigen, zweistreifigen Querschnitt auf, der kaum gute Überholmöglichkeiten bietet. Besonders gravierend sind fehlende Seitenstreifen, um sicher den Betriebsdienst und auch Deckenbaumaßnahmen durchführen zu können.

Entgegen dem o. g. Antrag ist es angesichts der Verkehrsentwicklung und des unzureichenden Ausbaustandes der B 469 zwingend geboten, alle Optionen für eine sichere und leistungsfähige B 469 auch in Zukunft offen zu halten.

Der Leiter des Staatlichen Bauamts Aschaffenburg Ltd. Baudirektor Norbert Biller steht für weitere Erläuterungen zur straßenbaulichen Beurteilung des Ausbaubedarfs der B 469 zur Verfügung.

Verwaltungsdirektor Fieger erklärte zur Behandlung des Antrages, die zu treffende Entscheidung sei eine abschließende, also kein Empfehlungsbeschluss an den Kreistag. Gemäß § 17 Abs. 5 in Verbindung mit § 36 Abs. 3 der Geschäftsordnung sei der zuständige Ausschuss der für Natur- und Umweltschutz und entscheide somit abschließend.

Kreisrat Berninger erklärte, er wolle nicht auf die Details der Planungsvarianten eingehen, er sei sich sicher, dass Baudirektor Biller irgendwann eine vernünftige Planung vorlegen werde, wenn er auch keine unumstrittene Planung vorlegen können. Man müsse zur Entscheidung über den Antrag bedenken, wie sehr man verkehrstechnisch auf die B 469 angewiesen sei. Er erinnerte an die Baustelle an der Brücke in Klingenberg. Stünde hier die B 469 nicht leistungsfähig zur Verfügung, sei ein Chaos vorprogrammiert. Dies würde den verkehrstechnischen Anforderungen im Landkreis nicht entsprechen.

Der Antrag zeige aber auch wunderbar, in welchem Spannungsfeld man sich eigentlich bewege. Auf der einen Seite beziehe er sich auf das Energiegutachten mit der Zielsetzung, letztendlich zusätzlichen Verkehr zu verhindern und dadurch Energie einzusparen, das vermute er zumindest. Natürlich müsse langfristig das Ziel sein, möglichst viel Verkehr auf die Schiene zu bringen. Aber solange das nicht der Fall sei und solange man wachsende Verkehrszahlen habe, müsse man damit verkehrstechnisch zurande kommen, ansonsten produziere man genau das Gegenteil von dem, was man erreichen wolle.

Die Energiewende habe auch etwas mit Wohlstand und mit Geld verdienen und investieren zu tun. Bei 144 Windrädern im Landkreis wäre man bei ca. 700-800 Mio. Euro Investition, das man erst einmal erwirtschaften müsse.

Hier bestehe das Spannungsfeld, was man nie ganz auflösen werden könne. Grundsätzlich sage die CSU, man müsse mit den jetzigen Gegebenheiten leben und man sei in Bezug auf Lebensqualität, Wirtschaftlichkeit und Verkehrstechnik auf eine funktionierende und leistungsfähige B 469 angewiesen. Sie müsse in diesem Sinne ständig angepasst und notfalls ausgebaut werden. Daher könne die CSU an dieser Stelle dem Antrag nicht zustimmen.

Kreisrätin Münzel wies darauf hin, dass Bündnis 90/Die Grünen eine Ausschussgemeinschaft mit der ödp bilden, daher fühle sie sich für den Antrag verantwortlich. Sie sei sich ei-

gentlich sicher gewesen, wie sie mit dem Antrag umzugehen habe, bis sie am heutigen Tage die Zeitung aufgeschlagen und den Presseartikel zu diesem Thema gesehen habe. Die B 469 sei erst vor ca. 25 Jahren gebaut worden und wolle man wieder ein Riesenprojekt starten, was eine Menge Geld koste. Auf der anderen Seite allerdings sei man bei der Westfrankenbahn – gerade im Hinblick auf die Energiewende – überhaupt nicht so großzügig. Wenn man an das Gutachten, die Leitsätze und die Zukunft denke, müsse man auch die Bahnlinie zweigleisig elektrifizieren und das Bahnangebot attraktiver machen. Dies sei die richtige Konsequenz aus dem Konzept. Aber die Planungen gehen in Richtung Straße. Für sie sei dies eine schwierige Situation, auch wenn sie sehe, dass es um die Verbesserung der Sicherheit gehe. Sie befürchte aber, dass das Augenmerk nur noch auf die Straße gerichtet werde.

Landrat Schwing erklärte, der Landkreis könne nur Anregungen geben, auch in Bezug auf die Westfrankenbahn. Man sei nicht direkter Player.

Kreisrat Maurer fügte hinzu, das Eine tun bedeute nicht, das Andere zu lassen. Der Kreistag Miltenberg wisse, was er zu tun habe, es sei ja auch immer eine gesamtpolitische Frage in Deutschland. Bei der B 469 gehe es um Mobilität, um Arbeitsplätze, um Lebensqualität und um Wohlstand, aber vor allen Dingen um Verkehrssicherheit. So, wie die B 469 jetzt aussehe, sei sie unzumutbar. Er vermeide möglichst die Strecke und nutze die Auffahrt Großwallstadt (statt Niedernberg). Er könne sich mit dem Konzept von Baudirektor Biller identifizieren.

Baudirektor Biller fügte hinzu, man habe auch die Entlastungswirkung des ÖPNV betrachtet. In diesem Gutachten habe man trotz aller positiven Rahmenbedingungen und wirtschaftlicher Gestaltung des Zugangebotes nicht genug Entlastung erhalten, um nachzuweisen, keinen Ausbau zu benötigen. Sondern man habe das Problem LKW-Verkehr, und dieser werde noch stärker zunehmen. Da werde der Bund die Prognosen höher schrauben und man sehe auch anhand der gewerblichen Entwicklung im Landkreis, dass der LKW-Verkehr bei uns zunehmen werde. Eine Verschiebung auf die Bahn löse das Problem daher nicht. Es sei hilfreich, wenn sich Verkehre in Spitzenstunden entlasten würden, in Spitzenstunden habe man das Problem.

Kreisrat Dr. Steidl sprach für die CSU die Ablehnung des Antrages mit Blick auf die Verkehrssicherheit aus.

Kreisrätin Follner stimmte Kreisrätin Münzel in ihren Aussagen zu und bat auch um Ausnutzung der Bahn, soweit es gehe und um Beachtung des Energiekonzeptes.

Kreisrat Dr. Fahn gefiel die realistische Bestandsaufnahme von Baudirektor Biller. Seine Fraktion stimme dem Antrag der ödp nicht zu, er sei zu allgemein gestellt. Die Freien Wähler seien aber - wenn - für einen dreispurigen Ausbau. Das Thema B 469 begleite ihn seit 1984. Es sei wichtig, einen Ausgleich zwischen Ökonomie und Ökologie zu schaffen.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste einstimmig den

Beschluss:

Der Antrag der ödp/BLU wird abgelehnt.

Tagesordnungspunkt 5:

Antrag der Fraktion der SPD auf Mitgliedschaft im Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) vom 14.03.2012

Nahverkehrsbeauftragter Betz erläuterte den Sachstand.

**Antrag der Fraktion der SPD vom 14.03.2012:
Der Landkreis Miltenberg soll mittelfristig Teil des Rhein-Main-Verkehrsbundes (RMV) werden.**

Zunächst stellt sich die Frage welchen Zweck diese Maßnahme erfüllen soll:

Für die Bürger des Landkreises würde sich nichts ändern, sie können bereits heute von jedem Ort des Landkreises ein durchgehendes Ticket vom Wohnort zu den Zielen im Rhein-Main-Gebiet lösen. Der geschaffene Übergangstarif zwischen der VAB und dem RMV ist nach der Systematik des RMV aufgebaut, er führt zu einer Position als ob man Mitglied sei, vermeidet aber die Einbindung in zum Teil teure Strukturen (Verbundumlage, Vertriebszwänge).

Rechtlich besteht zwischen den Gebietskörperschaften in Hessen und Bayern ein erheblicher Unterschied: in Hessen sind die Landkreise Aufgabenträger auch für den schienengebundenen Nahverkehr, gleichzeitig jedoch „verbundpflichtig“, in Bayern sind die Landkreise nur Aufgabenträger für den straßengebundenen Nahverkehr, der SPNV ist Staatsaufgabe und wird von der BEG geplant, verantwortet und finanziert. Um eine Mitgliedschaft im RMV zu ermöglichen, müsste der Freistaat Bayern ebenfalls Vollmitglied im RMV werden. Dies wurde stets abgelehnt, auch in München, Nürnberg, Augsburg oder Regensburg ist der Freistaat kein Verbundmitglied.

Finanziell besteht ebenfalls ein deutlicher Unterschied:

In Hessen ist der SPNV aufgebaut auf dem „Basisfahrplan 1993/94“ und dem „Belegenheitsprinzip“, d.h. für jeden Landkreis gibt es einen Basiswert der in seinem Gebiet gefahrenen Betriebsleistung. Alle Leistungsausweitungen werden jeweils zur Hälfte vom Verbund RMV und den bedienten Kommunen finanziert.

In Bayern wird der SPNV und dessen Ausbau vollständig vom Freistaat Bayern bzw. seiner Gesellschaft BEG getragen.

Ein weiterer Unterschied liegt im Vertragsverhältnis zwischen Aufgabenträger und Unternehmen: in Hessen schließt der RMV „Bruttoverträge“, d.h. die Fahrgelderlöse gehen an die Kommunen bzw. den Verbund, sie werden somit Unternehmer im Sinne des PBefG und des AEG, die fahrenden Unternehmer sind reine Lohnkutscher.

In Bayern schließt die BEG mit den SPNV-Unternehmen „Nettoverträge“, d.h. die Erlöse verbleiben bei den Unternehmen, es besteht somit auch ein Anreiz weitere Fahrgäste zu gewinnen, die BEG zahlt nur das sog. „Bestellerentgelt“, also eine Art Zuschuss, der im Wettbewerb über eine Ausschreibung minimiert wird.

Um die Maintalbahn auf eine höhere Leistungsfähigkeit auszubauen bedarf es keiner Mitgliedschaft im RMV, sondern einer aufwärtskompatibler Strategie die sich durch steigende Fahrgastzahlen antreibt:

Den bereits feststehenden Ausbauten

- Doppelspurabschnitt Aschaffenburg-Süd – Abzw. Nilkheimer Brücke,
- Herstellung der Nutzbarkeit Kleinheubach für Zugkreuzungen durch Bahnsteigbau,
- Beschleunigung der Zugkreuzungen in Klingenberg durch neue Sicherungstechnik und neue Bahnsteige,

liegt das Ziel einer Verdichtung des Fahrplanes im Abschnitt Aschaffenburg – Miltenberg zugrunde. Diese könnte bereits zum Dezember 2013 im Rahmen des sog. „VDV 3“ mit der Westfrankenbahn erfolgen (die Verhandlungen zwischen BEG und WFB laufen). Wunschergebnis wäre ein stündlicher Regionalexpress neben der stündlichen Regionalbahn, also zumindest für die RE-Stationen ein halbstündliches Zugangebot mit kürzeren Fahrzeiten. Handlungsfeld des Landkreises wird es sein, dieses gute Zugangebot zu füllen und auch für die abseits der Schiene wohnenden Menschen zugänglich zu machen, durch weitere Optimierung und Verdichtung der Anschlüsse per Bus aus der Fläche.

Landrat Schwing dankte ihm für seine Ausführungen und schlug der Fraktion SPD vor, den Antrag zurückzuziehen.

Kreisrätin Follner erklärte, ihnen sei es darum gegangen, den ÖPNV attraktiver zu machen und auf die Schiene zu kommen. Aber aufgrund der Erklärungen von Herrn Betz ziehe man den Antrag zurück.

Tagesordnungspunkt 6:

Antrag der Freien Wähler vom 10.02.2012: Beitritt des Landkreises Miltenberg zum Forum Z

Regierungsamtsrat Röcklein erläuterte die Vorlage:

Die Fraktion der Freien Wähler hat mit Schreiben vom 10.02.2012 beantragt, dass der Landkreis Miltenberg der Organisation FORUM Z beiträgt.

FORUM Z ist eine von einem privaten Ingenieurbüro gegründete Organisation zur gegenseitigen Unterstützung der Kommunen auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft. FORUM Z wird getragen von der ia GmbH – Wissensmanagement und Ingenieurleistungen in München. Geschäftsführer ist Herr Dipl.-Ing. Bauer.

Die Lizenzkosten für den Landkreis Miltenberg belaufen sich auf 3.000 € netto, 3.570 € brutto im Jahr, wobei wir uns für zwei Jahre binden müssen.

Der Kommunale Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises ist seit 1997 Mitglied beim Verband kommunaler Städtereinigungs- und Abfallwirtschaftsbetriebe, kurz VKS, und dadurch auch Mitglied beim Verband Kommunaler Unternehmen. Der dortige Beitrag beträgt 2.496 € im Jahr.

Wir sehen unsere Mitgliedschaft nicht nur als passives Mitglied sondern versuchen auch im Rahmen unserer Möglichkeiten bei unserem Verband mitzuarbeiten und mitzuwirken. Dies erfordert natürlich außer dem Mitgliedsbeitrag einen gewissen weiteren Sach- und Personalaufwand.

Eine Mitarbeit beim FORUM Z haben wir daher bisher nicht für notwendig erachtet.

Wir wollen uns lieber weiterhin auf die Mitarbeit bei VKS und VKU konzentrieren, sie ist unserer Meinung nach sinnvoller.

Sollte die Entwicklung dies erfordern können wir trotzdem jederzeit auch einen Lizenzvertrag mit FORUM Z abschließen.

Er bat darum, die Entscheidung der Landkreisverwaltung zu überlassen.

Kreisrat Dr. Fahn erklärte, er werde den Antrag selbstverständlich nicht zurückziehen. Er habe sich ausführlich informiert und sehe den Vorteil des unbürokratischen Erfahrungsaustausches. 96 Kommunen aus Bayern seien mittlerweile hier Mitglied. Benchmarking sei ein weiterer Aspekt, ebenso wie der Einstieg in die Diskussion der Müllgebühren.

Landrat Schwing bat darum, die Entscheidung der Verwaltung zu akzeptieren, sie sei seit vielen Jahren erfolgreich. Die Diskussion über die Müllgebühren werde man führen.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste mehrheitlich bei 5 Gegenstimmen den

Beschluss:

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz überträgt die Entscheidung über einen Beitritt zum FORUM Z entsprechend der Geschäftsordnung der Landkreisverwaltung. Die Verwaltung hält zurzeit einen Beitritt nicht für sinnvoll.

Tagesordnungspunkt 7:

Anfragen

Es lagen keine Anfragen vor.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin